

Die Sprache,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

schon diese Sprache ist verräterisch. »Nachrüsten«, so wird Brandenburgs Wissenschaftsstaatssekretär Martin Gorholt zitiert, müsse man die Universitäten. Denn aufgrund der Umstellung von 13 auf 12 Schuljahre drohen zwischen 2011 und 2013 in den meisten Bundesländern doppelte Abiturjahrgänge. Dazu kommen noch die Folgen der Abschaffung der Wehrpflicht.

Niemand weiß genau, wie stark der Andrang an den Universitäten demnächst zunehmen wird. Jedenfalls müssen zusätzliche Studienplätze geschaffen werden. Das kostet. Mit 40.000 bis 60.000 zusätzlichen Studienbewerbern als Folge der Bundeswehrreform wird gerechnet. Die Kosten sollen nach dem »Verursacherprinzip« getragen werden. Die Mehrkosten, die der Hochschulpolitik durch die Bundeswehrreform entstehen, soll also der Bund übernehmen. Das fordert der bayrische Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch.

»Verursacherprinzip« – da geht es um die Kompensation eines Schadens. »Nachrüsten« – dient der Abwehr einer Bedrohung. Die Begriffswahl macht deutlich: Junge Leute, die sich für ein Studium interessieren, werden nicht als eine Chance für die Gesellschaft, sondern als Störfaktor für Politik gesehen.

Warum ist Wissenschaftspolitik so störanfällig? Es liegt daran, dass sie finanziell permanent am Limit agieren muss. In der Regel unterliegt Wissenschaftspolitik in der Konkurrenz um öffentliche Finanzmittel, und zwar deshalb, weil der Großteil ihres Nutzens langfristig und diffus anfällt. Genau dies aber wird im parlamentarischen Prozess nicht honoriert. Das hat zur Folge, dass sich Wissenschaftspolitik auf das kurzfristig Allernotwendigste festlegen lassen muss. Und daraus ergibt sich, dass sie schon von Planungen in einem etwas weiteren Zeithorizont und von Zusammenhängen auf einem relativ harmlosen Komplexitätsniveau überfordert ist. Dass die Umstellung von neun auf acht Jahre Gymnasium zu einem Schub an Studienbewerbern führen muss, ist seit längerer Zeit klar. Und um zu antizipieren, dass das Aussetzen der Wehrpflicht genau denselben Effekt haben wird, bedarf es keiner elaborierten Theorie.

Die Folgen der doppelten Abitur-Jahrgänge und der Bundeswehrreform kumulieren. Sie werden in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich starke Wirkungen haben, werden aber überall in der Bundesrepublik (und an den deutschsprachigen Universitäten anderswo auch) die Überauslastung der Kapazitäten weiter steigern. Auch das sollte klar sein.

Ist es aber nicht. Ein Beispiel:

Der Sächsische Hochschulentwicklungsplan bis 2020 geht davon aus, dass die Zahl der Studierenden (in Sachsen) von 2009 an kontinuierlich abnimmt. 2016 wird es angeblich 17% und 2020 15% weniger Studierende geben als 2009. Weit und breit kein Gedanke, der an die Möglichkeit zusätzlichen Andrangs verschwendet wird. Und dazu kommt noch: Die Studierendenprognose dient der Unterfütterung eines Stellenabbauplans. Von 2013 bis 2015 jährlich 100 Stellen weniger, von 2015 bis 2020 jährlich 83 Stellen weniger. Im Ergebnis macht das 2020 an den sächsischen Hochschulen 8% weniger Stellen als 2009.

Leitbild des Entwicklungsplanes ist selbstverständlich die »Wissengesellschaft 2020«, selbstverständlich geht es um »Anziehungspunkte für junge Menschen und junge Wissenschaftler aus aller Welt«, um »Kristallisationspunkte und geistige Zentren der Wissenschaftsräume«, um »Exzellenz in Forschung und Lehre«, ja sogar um die »Aktive Erschließung neuer Gruppen von Studierenden«. Das ist der übliche Sonntagsteil solcher Entwicklungspläne. Am Montag wird dann gegen den Ansturm der Studenten gerüstet, es werden Verursacher gesucht und Kosten so lange verschoben, bis die Lasten bei den Universitäten hängen bleiben.

Dahinter könnte man eine Strategie vermuten: verschlechterte Studienbedingungen zwecks Abwehr zusätzlicher Studienbewerber – und die Prognose sinkender Studentenzahlen stimmt.

Aber ich glaube das nicht. Es unterstellt zu viel Rationalität. Gleichwohl, die Rede vom »Kampf um die besten Köpfe« kann ich nicht mehr hören.

Ihr

Georg Vobruba

P.S.: Krasser sozialer Wandel in der Redaktion der Soziologie. Karin Lange übernimmt ab Heft 2/2011 die Aufgaben von Thilo Fehmel. Wir danken ihm sehr herzlich für sieben Jahre gute Zusammenarbeit.